

Der Vollzugsdienst

3/2018 – 65. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

BSBD Bundeshauptvorstands- sitzung und Tarifvertreter- treffen in Wuppertal

Sönke Patzer ist neues
Mitglied in der Bundesleitung

Seite 2

Belastungen und Anspannungen werden sehr ernst genommen!

Extrem ausgeprägte Überbelegung
in den Justizvollzugsanstalten

Seite 5

Kapazitätsengpässe und Probleme bei der Personal- gewinnung im NRW-Strafvollzug

Minister Peter Biesenbach stellte
sich den Fragen der Delegierten

Seite 45

Foto: © IckeT/AdobeStock

Sind die Dienstpostenbewertungen im deutschen Strafvollzug noch angemessen und zeitgemäß?

Lesen Sie mehr dazu auf Seite 1 dieser Ausgabe



Rheinland-Pfalz



Saarland



Sachsen-Anhalt



Landesvorstand des BSBD Hessen tagt in Weiterstadt



Landesvorsitzende Kannegießer dankt Michael Horn für seine Leistungen in der Mitgliederverwaltung.

Foto: BSBD Hessen



Die stellvertretende Landesvorsitzende Andrea Abel ist seit 25 Jahren Mitglied im BSBD.

Foto: BSBD Hessen

Am 26. April 2018 traf sich der Landesvorstand des BSBD Hessen zu einer Sitzung im Sozialraum der JVA Weiterstadt. In angenehmer Ambiente und bei guter Bewirtung durch den Ortsverband Weiterstadt erfolgte ein reger Austausch zu vollzugspolitischen Themen.

Zuvor informierte die Leiterin der JVA Weiterstadt, Jutta Staudt-Treber, über die aktuelle Personalsituation, die an-

stehende Wiedereröffnung eines Unterkunftshauses sowie den Planungstand der hoffentlich bald beginnenden Modernisierungsarbeiten. Die Landesvorsitzende Birgit Kannegießer nutzte die Gelegenheit, sich beim ehemaligen Mitglied des Landesvorstands, Kollegen Michael Horn, für seine beispielhaften Leistungen als Mitgliederverwalter des BSBD Hessen zu bedanken und überreichte ihm als Dankeschön einen Well-

ness-Gutschein. Kollege Horn bleibt dem BSBD Hessen auch weiterhin als Webmaster erhalten.

Zudem wurde Andrea Abel, stellv. Landesvorsitzende und Fachgruppenvertreterin für den Allgemeinen Vollzugsdienst, von der Landesvorsitzenden für 25 Jahre Mitgliedschaft im BSBD Hessen geehrt. Sie erhielt dafür, als Zeichen der Anerkennung, die goldene Ehrennadel des DBB Hessen.

BSBD Hessen erneut stärkste Kraft in der HJAV 2018

Du bist die Zukunft – Du bestimmst mit!

BSBD Hessen erringt drei von fünf Sitzen

Du bist die Zukunft – Du bestimmst mit! Das war das Motto, dass sich unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die HJAV-Wahl 2018 gegeben haben.

Es ist klasse, dass der BSBD Hessen drei der fünf Sitze der HJAV Justizvollzug erringen konnte.

Für Ihre Ausbildungskolleginnen und Ausbildungskollegen – aber natürlich auch für unsere Gewerkschaft den BSBD – werden sich in den kommenden zwei Jahren Daniel Lorenz (Ortsverband Kassel I), Sarah Kluwe (Ortsverband Gelnhausen) und Jan Bartels (Ortsverband Dienstleistungszentrum

Justizvollzug) engagiert einbringen. Es sind die Anwärterinnen und Anwärter aller Ausbildungswege, die eine motivierte, initiative und starke HJAV brauchen.

Der BSBD Hessen wird diese Arbeit mit Tatkraft und Kompetenz aktiv unterstützen: VERSPROCHEN!



Daniel Lorenz.



Sarah Kluwe.



Jan Bartels.

„Der Strafvollzug wird kaum wahrgenommen!“

Landesvorstandsmitglieder im Gespräch mit Abgeordneten der SPD-Fraktion im Landtag in Wiesbaden

Am 8. Mai 2018 wurde eine Abordnung des Landesvorstandes des BSBD Hessen im Wiesbadener Landtag empfangen. Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion und rechtspolitische sowie justizvollzugspolitische Sprecherin Heike Hofmann und Regine Müller, die seit 2008 dem hessischen Landtag angehört und u. a. als Ausschussvorsitzende im Unterausschuss Justizvollzug tätig ist, tauschten sich mit den Landesvorstandsmitgliedern Florian Prihoda (Geschäftsführer BSBD) und Wilma Volkenand (Tarifvertreter BSBD) über Themenbereiche des hessischen Justizvollzugs aus.

Die allgemeine Entwicklung des Strafvollzugs wurde erörtert. Das Verhalten der Inhaftierten verändert sich merklich. Die steigende Gewaltbereitschaft der Gefangenen untereinander aber besonders gegenüber dem allgemeinen Vollzugsdienst war ein Themenschwerpunkt. Die Übergriffe auf das Personal mehren sich stetig. Die Arbeitsbelastung durch weisungs- und regelfernes Klientel; die sich mehrende Sprachenvielfalt; der Personalschlüssel, der aufgrund welcher Berechnungsgrundlage auch immer, völlig unzureichend ist; die hohen Krankenquoten; die Schwierigkeiten bei der Personalgewinnung; die Lücken in den Dienstplänen, die kompensiert werden müssen; nicht besetzte Stellen; steigende Bestände; der Rechtsanspruch auf Einzelunterbringung aber die Führung der Haftplätze in der Belegungsfähigkeit als Doppelhafräume; der Sanierungsstau, der sich quer durch die hessischen Anstalten zieht; die Sparpolitik der vergangenen Jahre wurden u. a. angesprochen.

Seitens der Gewerkschaftsvertreter wurde an die Politiker appelliert, dringend für weitere Verbesserungen zu sorgen. Die Personalgewinnung kann sich nur verbessern, wenn auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, dass das Personal nicht „im Regen“ stehen gelassen wird. Die Bedingungen besonders für die Schichtdienstleist-

den müssen sich weiterhin verbessern. So sollte eine weitere Absenkung der Wochenarbeitszeit für Schichtdienstleistende erfolgen. Weiterhin sollte Ziel sein, die Gitterzulage wieder in die Ruhegehaltsfähigkeit miteinzubeziehen.

Zweifellos wurde auch noch das ein oder andere Thema am Rande angesprochen. Wir bedanken uns bei Heike Hofmann und Regine Müller für den angenehmen und konstruktiven Gesprächsablauf. Wir hatten das Gefühl, dass unser bunter Themenstrauß von allen Anwesenden ernst und wichtig genommen wurde. Der Strafvollzug wird kaum in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Die Arbeit hinter den Mauern wird viel zu oft erst dann „entdeckt“, wenn etwas passiert. Die



Regine Müller. Foto: ©www.regine-mueller.de



Heike Hofmann. Foto: ©www.heikehofmann.net

Wahrnehmung nach einem „Vorfall“, welcher Art auch immer, ist bei solchen Anlässen zumeist eher negativ. Die Mitarbeiter im Besonderen haben oft das Gefühl, nicht gesehen zu werden. Nicht wenige gerichtliche Entscheidungen bei Übergriffen – sei es verbaler oder auch körperlicher Art – lassen den Schluss zu, dass auch ein Uniformierter des allgemeinen Aufsichtsdienstes seitens der Inhaftierten nicht beleidigt, bespuckt oder angegriffen werden darf. Die Tätigkeit hinter Gittern ist ein Beruf in dem alle Beschäftigten eine enorme Verantwortung übernehmen.

Die Politik kann in diesem Bereich einen großen Beitrag leisten. Wir hoffen, dass der Strafvollzug weiter in den Fokus rückt. Wilma Volkenand

Unsere Tarifvertreterin Wilma Volkenand berichtet:

Erstes Treffen des Arbeitskreises Tarif in Wuppertal

Auf dem Landesvertretungstag des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Hessens am 10. November 2017 wurde ich als stellvertretende Landesvorsitzende und Tarifvertreterin gewählt. Ich danke allen, die mir die Aufgabe zugetraut haben.

Erschwerend kommt dazu, dass mein Vorgänger in dieser Funktion, Matthias Gerber, einen unglaublichen Wissensschatz im Tarifbereich vorzuweisen hatte und selbstverständlich noch hat. Mit seiner Entscheidung, für die Tätigkeit als Tarifvertreter des Landes Hessens aus beruflichen Gründen nicht mehr zu kandidieren, haben wir einen sehr

besonnenen und fachlich unschlagbaren Mitstreiter verloren. Zum Glück ist er nicht aus der Welt und steht gerne mit Rat und Tat zur Verfügung. An dieser Stelle auch hier meinen Dank an Matthias Gerber. Für Vergangenes und bestimmt Weiteres.

Der Landesvorstand hat sich als Aufgabe gesetzt, die Arbeit bzw. die Aufgaben, welche innerhalb des Vorstandes anfallen, in der Zeitschrift „Der Vollzugsdienst“ seinen Mitgliedern/Lesern näherzubringen. Was macht ein Tarifvertreter? Welche Aufgaben fallen an?

Vom 9. bis 10. April 2018 fand in Wuppertal im Intercity Hotel eine Sit-

zung des Arbeitskreises Tarif statt. Uns allen ist bekannt, dass durch die Föderalismusreform in jedem Land unterschiedliche Arbeitsbedingungen/Vereinbarungen/Reglungen etc. bestehen.

Zur Forderungsfindung für die Tarifverhandlungen ist ein Austausch, an dem nach Möglichkeit alle Länder teilnehmen, unbedingt erforderlich. Eine Sonderrolle hat Hessen durch den Austritt aus der Tarifgemeinschaft der Länder inne. Auch wenn Hessen sich am Schluss doch an den Abschlüssen der Länder stark orientiert. Aber zurück zur Arbeitskreissitzung. Nach der Begrüßung wurden aktuelle Themen aus der

Bundestarifkommission erörtert. Die Forderungen für die Verhandlungen bei Bund und Kommunen wurden dargelegt. Die weitere Tagesordnung sah die Wahl eines Tarifvertreters **BSBD Bund** und zwei weitere gleichberechtigte Stellvertreter vor. Zum Tarifvertreter **BSBD Bund** wurde **Sönke Patzer** (JVA Neumünster) gewählt. Die Stellvertretung haben **Sabine Glas** (JVA Karlsruhe) und **Andrea Krehl** (HPR Justizministerium Düsseldorf) nunmehr inne.

Im weiteren Verlauf wurden Arbeitsgruppen gebildet. Die unterschiedlichsten Themenfelder z.B. rund um die Eingruppierung, die Altersvorsorge, die sachgrundlose Befristung werden in Kleingruppen ausgearbeitet.

Das nächste Treffen soll in der zweiten Jahreshälfte stattfinden. Ein Bericht darüber – aus hessischer Sicht – wird folgen.



Verschriftliche Arbeitsergebnisse.

Foto: BSBD Hessen

Elke Flach zur neuen Vorsitzenden gewählt

Zahlreiche Mitglieder für ihre langjährige Mitgliedschaft geehrt

19 interessierte Kolleginnen und Kollegen trafen sich am **8. Mai 2018** zur **Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Hünfeld im Kolpinghaus Hünfeld**.

Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden **Werner Krah** hat sich die Versammlung erhoben, um den Verstorbenen des Ortsverbandes sowie den Verstorbenen über den eigenen Ortsverband hinaus zu gedenken. Im Anschluss hat **Werner Krah** aus der

Arbeit des Ortsverbandes sowie zu aktuellen Entwicklungen in Hessen kurzweilig berichtet. Nach dem Verlesen des Kassenberichts durch Schatzmeisterin **Andrea Abel** und der Entlastung des Vorstandes wurden Neuwahlen durchgeführt.

Gewählt wurden:

Vorsitzende: **Elke Flach**, zwei gleichberechtigte stellv. Vorsitzende: **Andrea Abel** und **Mathias Völker**, zwei Schriftführer: **Frank Pirmann** und **Marco Hil-**

debrand, Schatzmeisterin und Vertreterin: **Mareike Betz** und **Niklas Laufer**.

Nach der Wahl hat der neue Vorstand den bisherigen Vorstandsmitgliedern **Jürgen Kircher**, **Andrea Abel** und **Werner Krah** für die geleistete Arbeit gedankt und ein Präsent überreicht.

Im Anschluss wurden noch folgende anwesende Mitglieder für ihre langjährige Zugehörigkeit zum **BSBD Hessen** geehrt und Präsente sowie den Kollegen für 25 Jahre Mitgliedschaft die Urkunde und goldene Ehrennadel des **BSBD Hessen** überreicht:

Berthold Stock	35 Jahre
Werner Krah	35 Jahre
Günther Sattler	30 Jahre
Mathias Völker	30 Jahre
Jürgen Kircher	25 Jahre
Andrea Abel	25 Jahre

Folgende Jubilare konnten leider nicht an der Versammlung teilnehmen:

Helmut Wetter	35 Jahre
Joachim Heil	35 Jahre
Jürgen Müller	25 Jahre
Michael Peter	25 Jahre
Michael Etzel	25 Jahre

Der neue Vorstand wird sicher einen Termin und würdigen Rahmen für die Überreichung der Präsente, Urkunden und Ehrennadeln finden. *Werner Krah*



V.l.n.r.: Koll. Jürgen Kircher, Koll. Werner Krah, Koll. Mathias Völker, Kollegin Elke Flach, Kollegin Andrea Abel, Koll. Marco Hildebrand, Kollegin Mareike Betz, Koll. Niklas Laufer. Foto: BSBD LV

Beamtdarlehen 10.000 € - 120.000 €

- Vorteilszins für den öffent. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.

Deutschlands günstiger Autokredit

2,77% effektiver Jahreszins

5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate

Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtsumme 21.137,19 €

www.Autokredit.center

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH

E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel.: (0621) 178180-0
Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker

Günstiges Darlehen rep. Bsp. 50.000 €, Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 660,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 55.397,00 €, Sicherheit: Kein Grundschuldentwurf, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sonderkündigung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

Erfreut über stetig steigende Mitgliederzahlen

Aktivitäten des BSBD Ortsverbandes Weiterstadt

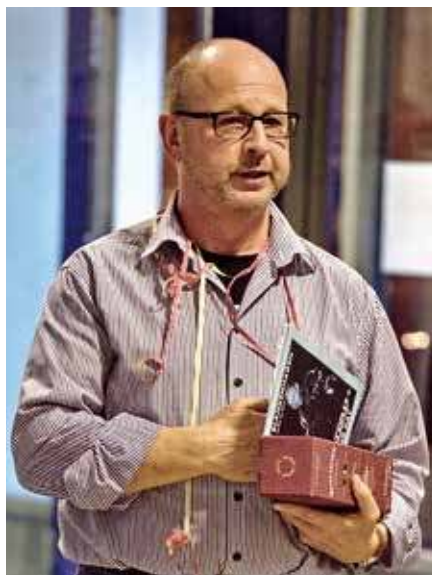
Bei der Jahresversammlung des BSBD Ortsverbandes (OV) Weiterstadt, am 25.11.2017 wurde der Gewerkschaftsbeauftragte des OV, Oberinspektor **R. Blankenhagen**, in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Zum Abschluss seiner beruflichen Laufbahn wurde er zudem für 25 Jahre Mitgliedschaft im BSBD Hessen geehrt. Die Kolleginnen und Kollegen der JVA Weiterstadt hatten für ein Abschiedsgeschenk reichlich Geld gesammelt, der BSBD OV und Kollege **Blankenhagen** finanzierten eine standesgemäße Abschiedsfeier, die sich bis weit in die Nacht hinzog.

Eine Ehrung für 25-jährige Mitgliedschaft erhielten am Jahresanfang 2018 auch Pensionär **T. Wirtzmann** und **W. Gruszynsky**, der zeitnah in den Ruhestand verabschiedet wird.

Mit Unterstützung zweier Sponsoren und tatkräftiger Hilfe des stellvertretenden Vorsitzenden des OV **J. Wachsmuth** wurden zum Jahreswechsel 2017/2018 kleine Weihnachtspräsente an die Mitglieder des OV überreicht.

Am 24.03.2018 wurde zum bereits 7. Mal der „Pokerkönig“ unter den Bedien-

steten der JVA Weiterstadt gesucht. Unter den 14 Teilnehmern setzte sich am Ende das Duo **D. Heuß/J. Wiesenfeld** durch. Ein Duo? Ja! – Wechselschichtdienst erfordert Flexibilität – Als **D. Heuß** seinen Nachtdienst in der JVA



Kollege **Blankenhagen** wurde für 25 Jahre Mitgliedschaft im BSBD geehrt und in den Ruhestand verabschiedet. Foto: BSBD LV

antrat, übernahm **J. Wiesenfeld** vom „Chip Leader“ und errang – sozusagen stellvertretend – den Sieg.

Ein weiteres Highlight war das 5. Skatturnier der JVA Weiterstadt, welches vom BSBD-OV am 14.04.2018 ausgerichtet wurde. Das Teilnehmerfeld war mit acht Bediensteten vergleichsweise klein, aber man kann auch in kleiner Runde Spaß haben. Mit etwas Glück und viel Können errang **H. Sonnenberg** den Sieg.

Die Veranstaltungen wurden alle bestens von Mitgliedern des Ortsverbandes organisiert. Gutes Essen und eine ausreichende Getränkeauswahl sind bei allen Veranstaltungen immer eine Selbstverständlichkeit. Der Weiterstädter Vorstand bedankt sich bei allen Helferinnen und Helfern!

Besonders erfreut ist der OV Weiterstadt über stetig steigende Mitgliederzahlen. Schön, dass sich auch junge Kolleginnen und Kollegen wieder gewerkschaftlich organisieren und engagieren.

Ausführliche Infos zu weiteren Aktivitäten unter: <http://www.bsbd-hessen.de/weiterstadt/home.htm>

Hessischer dbb-Gewerkschaftstag in Darmstadt

Hessen gestalten – nur MIT uns!

Birgit Kannegießer als stellvertretende Landesvorsitzende wiedergewählt

Hessen gestalten – nur MIT uns!, unter diesem Motto eröffnete dbb-Landesvorsitzender **Heini Schmitt** den Gewerkschaftstag 2018 im Maritim-Hotel in Darmstadt.

Politik und Landesregierung, so **Heini Schmitt**, brauchen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Umsetzung ihrer politischen Ziele. Gegen bzw. ohne das eigene Personal zu agieren, funktioniert nicht. Er erinnerte nochmals sehr eindrücklich an das im Koalitionsvertrag 2013 verordnete Spardiktat der **schwarz-grünen** Landesregierung. **Schmitt** erinnerte an die Nullrunde 2015, die Beihilfekürzung im gleichen Jahr (**Schmitt**: „Taschenspielertricks in Tarifverhandlungen sind uns geläufig, aber wenn in die linke Tasche nix reingesteckt und aus der rechten Tasche 18,90 € gezogen werden, dann musste der **dbb Hessen** auf seinem Sonderparteitag 2015 mit großer Mehrheit beschließen, gegen die eigene Landesregierung mit allen gewerkschaftlichen Mitteln vorzugehen. Dazu

gehörte auch die Einreichung der Besoldungsklagen.“). Im März 2017 gab es dann einen markanten Politikwechsel zur Besoldungsfrage; der damalige Tarifabschluss wurde inhalts- wenn auch nicht zeitgleich – auf die hessischen Beamtinnen und Beamten übertragen, der Mindestsockelbetrag wurde zweimal – in Summe um 110 € erhöht. Das, so **dbb-Landesvorsitzender Schmitt**, waren erste Erfolge der damals eingereichten Besoldungsklagen – unabhängig von einem ausstehenden juristischen Ergebnis. Und **Schmitt** erinnerte auch an die besoldungstechnisch noch nicht ausgeglichenen 3,5% im Portemonnaie der hessischen Beamtinnen und Beamten, verursacht eben durch die Nullrunde 2015. Die Tarifeinigung für den TVöD werde der **dbb Hessen** mindestens als Messlatte für den nächsten Tarifabschluss 2019 anlegen – und er wird Maßstab für die Übertragung auf die Besoldung der Bundesbeamten und im Nachgang auf die Beamten in den Bundesländern haben – wie auch in Hessen. Und dann die bereits zum 1.1.2017



Heini Schmitt eröffnet den dbb Gewerkschaftstag. Foto: BSBD Hessen

angekündigte Arbeitszeitreduzierung; **Heini Schmitt** erklärte hierzu: „2017 konnten wir faktisch zweimal Silvester feiern, denn für die Regierungskoalition begann das Jahr offensichtlich nicht am 1.1. sondern erst am 1.8.2017.“ Entgegen der ursprünglichen Koalitionsab-sprache hatte die Landesregierung die Absenkung der Arbeitszeit aller Beam-



Delegierte des BSBD Hessen beim dbb Gewerkschaftstag.

Foto: BSBD Hessen

tinnen und Beamten erst im Frühjahr 2017 – und erst zum 1.8. dieses Jahres tatsächlich umgesetzt, sie begründete dies mit dem Schuljahresbeginn der großen Berufsgruppe der Lehrerinnen und Lehrer. Dass die Lebensarbeitszeitkonten zum Zeitpunkt der Arbeitszeitreduzierung am 1.8.2017 dann tatsächlich nicht geschlossen wurden, wie ursprünglich von der Landesregierung geplant, sondern nunmehr die 41. Stunde gutgeschrieben wird, sei ausdrücklich und allein dem hartnäckigen Bohren des **dbb Hessen** zu verdanken. Der der Landespersonalkommission bereits zugeleitete Rechtsverordnungsentwurf wurde eine Woche vor der anberaumten LPK-Sitzung plötzlich zurückgezogen und durch eine korrigierte Version ersetzt. So wurden die Forderungen des **dbb Hessen** in vollem Umfang bedient.

Der **dbb-Gewerkschaftstag** beschloss insgesamt vier Leitanträge, zentrales Arbeitsprogramm und Richtschnur für die kommenden fünf Jahre der neu gewählten Landesleitung. Bei den beamtenrechtlichen Grundsatzpositionen (**Leitantrag 1**) hob der **dbb Hessen** insbesondere hervor, dass

- die Landesregierung sich klar zu einem modernen und zukunftsfähigen Berufsbeamtentum bekennt,
- das Dienstrecht in Deutschland nicht weiter auseinanderdriftet, sondern stattdessen zur Einheitlichkeit des Dienstrechts zurückgekehrt wird,
- es in Hessen wieder einen attraktiven öffentlichen Dienst mit einer fairen und leistungsorientierten Beamtensoldung und verlässlichen Karrierechancen gibt,
- das bewährte duale System von Gesetzlicher Krankenversicherung und Privater Krankenversicherung,

ergänzt durch die Beihilfe, erhalten bleibt und es nicht zur Einführung einer Bürgerversicherung für alle kommt,

- die Arbeitszeit von Beamtinnen und Beamten im Gleichklang mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern endlich auch nominal auf 40 Wochenstunden bzw. 38,5 Wochenstunden für Schichtdienstleistende angepasst wird...,
- die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gegen Übergriffe und Gewalt erheblich wirksamer geschützt werden...

Mit **Leitantrag 2** beschloss der **dbb Hessen**, sich u. a. dafür einzusetzen, dass

- Hessen in die TdL zurückkehrt, wenn dies unter Wahrung der im TV-H enthaltenen günstigeren Regelungen umsetzbar ist...,

- keine sachgrundlosen befristeten Arbeitsverträge mehr geschlossen werden,
- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessert wird,
- Reisezeiten in vollem Umfang als Arbeitszeit anerkannt werden,
- die Kinderzulage nach § 23 a TV-H unabhängig vom Beschäftigungsumfang gezahlt wird.

Darüber hinaus setzt sich der **dbb Hessen**, formuliert in **Leitantrag 3**, für eine Novellierung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes ein, dass

- in der Vergangenheit vorgenommene Einschränkungen der Mitbestimmungsrechte in spezifischen Fallkonstellationen wieder rückgängig gemacht oder zumindest neu bewertet werden,
- die Beteiligungsrecht bei der Einführung neuer Techniken (Verwaltung



BSBD Delegierte mit dem **dbb Landesvorsitzenden Heini Schmitt** und der stellvertretenden **dbb Landesvorsitzenden** und **BSBD Landesvorsitzenden Kannegießer**.

Foto: Windmüller dbb

- 4.0/Digitalisierung) gestärkt werden
- die Initiativ- und Informationsrechte es PR ausgeweitet werden...
- die Freistellungsstaffeln deutlich verbessert werden,
- die Rechtsstellung der Personalräte u.a. durch einen Rechtsanspruch auf Qualifizierung verbessert werden,
- die Rechte des Gewerkschaftsbeauftragten klar festgeschrieben werden...

Und schließlich **Leitantrag 4**, die aktuell besondere – auch gesellschaftspolitisch verankerte – Forderung um die dringend notwendige Auseinandersetzung mit dem massiv um sich greifenden Thema von Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst.

Diesem Thema galt auch ein besonderer Teil der öffentlichen Veranstaltung dieses Gewerkschaftstages. **dbb Landesvorsitzender Heini Schmitt** forderte in seiner Rede ausdrücklich einen Pakt der Landesregierung mit der Gewerkschaft, um dem um sich greifenden Phänomen Herr zu werden. Die Beschäftigten der hessischen Landesverwaltung, so **Schmitt**, brauchen hierzu besonderen Schutz, der bereits durch präventive Angebote in Aus- und Fortbildung beginne, sich über die Betreuung und den Rechtsschutz für Betroffene fortsetze – hierzu forderte er alle beteiligten Institutionen auf, bei Vorkommnissen rasch und durchgreifend zu handeln, insbesondere forderte er, tatsächlich jedes Ereignis zur Anzeige zu bringen. Er verband dies mit der Forderung, die einschlägigen Straftatbestände zu verschärfen, insbesondere einen eigenen Körperverletzungsstrafbestand bei Gewalttaten gegen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu verabschieden. Hier passiere der Angriff nicht gegen die Person sondern gegen den Funktionsträger. Die aktuelle Gesetzesänderung im StGB schütze zwar Polizei und Rettungskräfte, alle anderen Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes seien von diesem besonderen Schutz jedoch nicht erfasst, das, so **Heini Schmitt**, dürfe so nicht bleiben. Bereits der **dbb-Bundesgewerkschaftstag** hat auf Antrag des **dbb Hessen** mit großer Mehrheit beschlossen, dass die neue Bundesleitung sich massiv für eine solche Strafverschärfung einsetzen solle.

Der Staat dürfe nicht dulden, dass Bedienstete, die in ihrem öffentlichen Amt für diese Tätigkeit angefeindet werden, schutzlos bleiben bzw. nicht genügend geschützt werden.

Der hessische **Ministerpräsident Volker Bouffier** bestätigte den anwesenden **dbb Delegierten**, dass „Euer Einsatz

entscheidend war“, dass Änderungen bzgl. der ursprünglich geplanten Schließung der LAK-Konten war, der zur Änderung der bereits entworfenen und vorliegenden Rechtsverordnung führte, dieses Konto biete Flexibilität für jeden Einzelnen, eine Souveränität über Erbrachtes. Er bezweifelte jedoch massiv, dass eine Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder für die hessischen Beschäftigten tatsächlich sinnvoll sei, weil nicht zu erwarten stünde, dass die hessischen Sonderregelungen wie der Kinderbetrag von 100,00 € oder das Hessenticket tatsächlich weitergeführt werden könnten. Das Hessenticket, so **Bouffier**, gibt es nur bei uns; andere beneiden uns um diese Regelung! Diese Regelung sei Teil einer intelligenten

rechte müssten gestärkt werden, Befristungen im öffentlichen Dienst beschränkt werden. Hierzu gehöre es auch, bezahlbaren Wohnraum für alle – auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes zu schaffen, das Land müsse wieder echte Landesbedienstetenwohnungen anbieten. Zulagen für die Arbeit in besonders gefährdeten Arbeitsbereichen – hierbei zählte er den Justizvollzug mit auf – müssten, so **Schäfer-Gümbel**, wieder ruhegehaltstfähig werden, um diese Arbeit angemessen wertzuschätzen.

MdL **Jürgen Frömmerich** von **Bündnis 90/Die Grünen** bestätigte das Paktangebot, um der Gewalt gegen Beschäftigte zu begegnen, es erfordere wieder Respekt und Anstand im Umgang mit



Kollege Urbanek im Gespräch mit Volker Bouffier.

Foto: Windmüller dbb

Tarifpolitik und verfolge das klare Ziel, Zukunft modern zu gestalten. Hierzu gehöre auch die Einführung von Fachkräftezulagen für Zahnärzte, IT-Kräfte und Ingenieure.

Die im März 2017 ausgehandelte „stufengleiche Höhergruppierung“, so **Bouffier**, sei ein echter Knaller, anderswo komme man zwar hoch, habe aber zunächst nicht davon. Die stufengleiche Höhergruppierung gebe es nur in Hessen. Den vom **dbb Hessen** geforderten Pakt hinsichtlich der „Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes“ sagte **Ministerpräsident Volker Bouffier** den anwesenden Delegierten zu.

SPD-Oppositionsführer Thorsten Schäfer-Gümbel erklärte, für die **SPD** sei die Partnerschaft mit den Beschäftigten in Stadt und Land zentrales Anliegen ihres Wahlprogramms für die hessischen Landtagswahlen am 28. Oktober 2018, Gewerkschaften gehören an den Tisch der Regierung, Arbeitnehmer-

einander, der Ruf nach schärferen Gesetzen reiche, so **Frömmerich**, jedoch nicht aus.

MdL **Hermann Schaus**, **Die Linke**, fragte, inwieweit der öffentliche Arbeitgeber seinen Beschäftigten den tatsächlich auf Augenhöhe begegne; er forderte die Verbesserung der Mitbestimmungsregeln im HPVG, Beschäftigte müssten wieder in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Darüber hinaus verwies er auf die Forderung der Linken, die Bezüge der hessischen Beamten um die Besoldungsdifferenz aus den Jahren 2015 und 2016 in Höhe von 3,5 % endlich anzuheben.

MdL **René Rock**, **FDP**, wies schließlich darauf hin, dass Deutschland bzw. Hessen ohne Investitionen nicht mehr mit anderen Staaten konkurrieren könne, man könne nicht stehenbleiben. Seine Fraktion habe im Übrigen die bisherige Position zum TV-H kritisch auf den Prüfstand gestellt. Auch er be-



Blick in die Delegiertenrunde und Gästen.

Foto: BSBD Hessen

tonte, dass mehr Respekt für staatliche Institutionen erforderlich sei – auch im Hinblick auf die schwierigen Herausforderungen für die im öffentlichen Dienst Beschäftigten, die besonders betroffen seien, wenn deren Handlungsfähigkeit kritisch hinterfragt werde.

Und schließlich bezog der **dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach** deutlich Stellung zur Situation des öffentlichen Dienstes; die Probleme des

lein durch die fortschreitende Digitalisierung entschuldigt werden. Er habe nicht Angst vor dem Wandel, sondern Angst vor fehlenden Konzepten der Politik zur Steuerung dieses Wandels. Die großen Personallücken entstanden, weil notwendiges Personal nicht nur nicht eingestellt sondern auch nicht bereits ausgebildet sei, es fehle an beruflichen Entwicklungsperspektiven im öffentlichen Dienst, die um sich greifende Praxis der Vertragsbefristungen stehe der Perspektive eines sicheren Arbeitsplatzes konträr entgegen. Ganz ausdrücklich betonte **Ulrich Silberbach** die Notwendigkeit der Beamten und des Beamtenverhältnisses zur Sicherung der Leistungsfähigkeit des öffent-

lichen Dienstes, es bedürfe einer dringenden Kehrtwende für diese verfehlte Beschäftigungspolitik. Es gelte, für das Wohl der Menschen zu sorgen – über eine Wahlperiode hinaus.

Und schließlich bestätigte der **dbb Landesgewerkschaftstag** die bisherigen Mitglieder der Landesleitung in Ihren Ämtern. Neben **dbb Landesvorsitzendem Heini Schmitt** wurde **BSBD Landesvorsitzende Birgit Kannegießer** für weitere fünf Jahre als stellvertretende **dbb Landesvorsitzende** wiedergewählt. Das Team wird vervollständigt durch die stellvertretenden Landesvorsitzenden **Michael Volz (DStG)**, **Reinhold Petri (DVG)**, **Richard Thonius (Komba)** und **Thomas Müller (VBE)**.



dbb Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach.

Foto: BSBD Hessen

öffentlichen Dienstes, so **Silberbach**, haben ihre Ursache darin, dass dieser über Jahrzehnte „auf Kante genäht“ worden sei, d.h. die personelle Ausstattung jeweils nach Kassenlage, nicht jedoch nach anfallenden Aufgaben entschieden worden sei, Finanz- und Flüchtlingskrise hätten ihn so an den Rand der Handlungsfähigkeit gebracht.

Der bevorstehende Strukturwandel sei ernst zu nehmen, dürfe nicht al-



Die neu gewählte bzw. bestätigte hessische dbb Landesleitung.

Foto: BSBD Hessen